

Kurt Beck

Die Pressefreiheit ist immer bedroht

Gedanken zum Hambacher Fest

Die institutionelle Sicherung der Pressefreiheit reicht heute nicht mehr aus. Zum einen ist es der demokratische Staat selbst, von dem Einschränkungen der Pressefreiheit ausgehen können. Zum anderen sind es die schwierige wirtschaftliche Lage und der gestiegene Renditedruck der privaten Medienunternehmen, die die Pressefreiheit zu unterhöhlen drohen. Die Erinnerung an das Hambacher Fest kann uns dafür sensibilisieren, dass Pressefreiheit kein statisches Gut ist, sondern immer aufs Neue verteidigt, erkämpft und bewahrt werden muss.

Das Hambacher Fest hat sich Ende Mai dieses Jahres zum 181. Mal gejäht. Obwohl die Bedeutung der mehrtägigen Protestkundgebung auf Schloss Hambach für die Entwicklung von Demokratie und Freiheit in Deutschland im Jahre 1832 gar nicht überschätzt werden kann, ist dieses historische Ereignis aus dem Gedächtnis der Deutschen außerhalb der Grenzen von Rheinland-Pfalz fast ganz verschwunden – leider, denn in der deutschen Demokratiegeschichte sind solche Anlässe zu Besinnung und Stolz bekanntlich rar. Es war in der Zeit nach dem Wiener Kongress, als die alten Verhältnisse in Deutschland restauriert und die Fortschritte aus der napoleonischen Zeit wieder beseitigt waren. Das selbstbewusst gewordene liberale und demokratische Bürgertum ließ sich nicht mehr ohne Gegenwehr ducken. Sie fand ihren in ganz Deutschland widerhallenden Ausdruck, als weit über 20.000 Studenten, Bürger, Handwerker, Winzer und Bauern gemeinsam zum Hambacher Schloss hinaufzogen, um für ihre Rechte als Bürger, für Volkssouveränität und Freiheit, vor allem für »Preßfreiheit« zu demonstrieren.

Für die politische Kultur in unserem Land wäre es ein Gewinn, Anlässe wie diesen zur wiederkehrenden demokratischen Selbstprüfung zu nutzen. Ein Fest, eine



Kurt Beck

(* 1949) war von 1994 bis 2013 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und von 2006 bis 2008 Bundesvorsitzender der SPD. Vorstand der FES.

gabriele.schliebach@fes.de

Feier waren die Hambacher Tage tatsächlich, aber in der neuartigen demokratischen Form als politische Versammlung mit bewegenden Reden, anrührenden Liedern und leidenschaftlichen Debatten von gleichberechtigten Bürgern zu den großen Themen ihrer Rechte und ihrer Freiheiten. Jeder der Teilnehmer riskierte dabei seine persönliche Freiheit. Und die Staatsgewalt der bayerischen Regierung, der die Pfalz damals unterstand, schlug in der Folge denn auch erbarmungslos zu. Die Organisatoren und Redner, soweit sie nicht außer Landes fliehen konnten, wurden zu Haftstrafen verurteilt.

In Deutschland hat es nach diesem eindrucksvollen Anfang bis zur Revolution von 1918 gedauert, ehe Demokratie, Rechtsstaat und eine freie Presse Fuß fassen konnten. Leider nicht für lange, denn diese kostbaren Errungenschaften wurden von ihren Feinden 1933 ausgelöscht. Aber in Hambach hatte sich gezeigt, was demokratische

Bürgerkultur sein und leisten kann. Eine der Kernforderungen der dort Versammelten war die »Preßfreiheit«, war doch in dieser Zeit der Willkür offenkundig, dass sie die Grundlage jedes demokratischen Lebens ist. Der Rückblick auf Hambach ist ein guter Anlass zu fragen, wie steht es heute um Demokratie und Pressefreiheit im Lande? Können wir uns zufrieden zurücklehnen in dem Bewusstsein, dass beide ja in unserer Verfassung ein sicheres Fundament haben und kein Fürst Metternich zu sehen ist, der ihnen an die Kehle will? Wir haben inzwischen gelernt, dass die institutionelle Sicherung der Pressefreiheit allein nicht ausreicht, um sie mit Leben zu füllen.

Verteidigung der Pressefreiheit

Probleme mit der staatlichen Seite gibt es immer wieder. Ein jüngeres Beispiel dafür ist die neue EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Speicherung von Verbindungsdaten aus der elektronischen Kommunikation für mindestens sechs Monate, sozusagen auf Verdacht, zu ermöglichen. Das hat Folgen für die Arbeit der Journalisten, sind sie doch auf Informanten aus öffentlichen Institutionen angewiesen, wenn sie über eventuelle Missstände dort oder gar Rechtsbrüche das Nötige erfahren wollen. Je leichter es Behörden gemacht wird, Telekommunikationsdaten zu sammeln und auszuwerten, desto größer wird das Risiko für Informanten, den Schutz ihrer Anonymität zu verlieren. Der Zwischenfall in der Redaktion der Zeitschrift *Cicero* im Jahr 2005 hat gezeigt, wie wichtig es bleibt, aber auch wie erfolgreich es sein kann, dass sich Journalisten massiv gegen staatliches Handeln wehren, wenn es ihre Arbeitsmöglichkeiten ohne zwingende Rechtfertigung beschränkt. Anlass war die Durchsuchung von Redaktionsräumen des Magazins und der Wohnung eines Journalisten sowie die Beschlag-

nahme von Daten. Der Vorwurf lautete: Die Journalisten hätten Beihilfe zur Verletzung von Dienstgeheimnissen geleistet. Das Bundesverfassungsgericht stellte klar, dass mit diesen Durchsuchungen die Pressefreiheit rechtswidrig eingeschränkt wurde. Redaktionsräume müssen, so das Urteil, vor dem Eindringen staatlicher Organe jederzeit geschützt werden. Die Sicherung der Pressefreiheit bleibt also auch in der Demokratie eine dauernde Aufgabe.

Auf einer anderen Ebene liegen die immer wiederkehrenden Versuche von Politikern, übermäßigen Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, besonders auf das ZDF zu nehmen. Bedenklich ist dabei nicht der Umstand an sich, dass die Politik Sitz und Stimme in den Verwaltungs- und Rundfunkräten hat – schließlich sind die öffentlich-rechtlichen Sender der Allgemeinheit verpflichtet und werden von dieser finanziell ausgestattet. Problematisch wird dies, wenn die Politik de facto die Räte dominiert. Die Normenkontrollklage, die die rheinland-pfälzische Landesregierung gegen den Staatsvertrag des ZDF eingereicht hat, will eine größere Staatsferne des Senders sicherstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk nimmt eine wichtige Rolle in der deutschen Medienlandschaft ein und ist einer der Garanten der Medienfreiheit. Umso wichtiger ist, dass seine Staatsferne gewährleistet wird.

Zu den neuartigen Gefährdungen der Pressefreiheit gehören heute jene, die von privater Seite ausgehen, von den Medienbetreibern oder gar von Journalisten selbst. Einer ihrer herausragenden Vertreter in unserem Land, Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung*, hat freimütig den Finger auf diese Wunde der eigenen Zunft gelegt: »Früher war die Pressefreiheit vom Staat bedroht, heute besorgen das die Journalisten selbst (...) Wir sind uns zu wenig bewusst, wozu Pressefreiheit da ist. Pressefreiheit dient der Demokratie – wenn wir diesen Auftrag vergessen, ist die Pressefreiheit nichts mehr wert und wird zur

bloßen Gewerbefreiheit«. Auch die zu früh verstorbene herausragende Journalistin Tissy Bruns hat mit ihren Beiträgen viel zur notwendigen journalistischen Selbstkritik beigetragen. Mitunter entsteht ja der Eindruck, dass die Zahl der Journalisten, keineswegs allein in den privaten Print- und Funkmedien, zugenommen hat, die ihre Berufsfreiheit nicht als eine Pflicht zum Dienst an der Demokratie verstehen sondern als das Privileg, zu tun und zu lassen, was ihnen gut dünkt.

Doppelnatur der privaten Medienunternehmen

Statt sich mit dem nötigen Aufwand um gewissenhafte Recherche und begründete Kritik zu bemühen, wählen sie den kurzen Weg und erliegen den Versuchungen, die der freiheitliche Journalismus ja auch enthält. Kampagnenjournalismus, schrille Vernichtungsurteile ohne gründliche Erkundung, oberflächliche Erregung oder die Fixierung auf das Nebensächliche anstelle kundiger Berichte und abgewogener Urteile begegnen uns in der heutigen Medienlandschaft immer wieder. Das gilt keineswegs allein für die traditionellen Massenmedien, sondern auch für die elektronischen Medien, hier sowohl in den professionellen journalistischen Produkten als im Besonderen in jenen der Nutzergemeinde selbst. Journalisten haben in der modernen Mediendemokratie eine beispiellose Einflussposition, oft ohne die eigentlich zugehörige demokratische Verantwortungskontrolle. Sind sie doch gleichzeitig Torwächter für den Zugang zur Medienöffentlichkeit, oft Mitspieler in der Politik und dann wieder Schiedsrichter mit ihren Urteilen zum Stand des Spiels. Sie haben sich keiner Wahl zu stellen und stehen selber, anders als die aktiven Politiker, nicht unter der ständigen Beobachtung der Medien. Eine Versuchung zur Verantwortungsfucht, der gar nicht so wenige kaum

widerstehen können. Umso dringlicher ist es, dass sie von ihren verantwortlichen Kollegen gegebenenfalls zur Ordnung gerufen werden. Viel Freiheit bedeutet auch große Verantwortung.

Andere Fehlentwicklungen im Bereich der demokratischen Pressefreiheit entspringen der Doppelnatur privatwirtschaftlicher Medienunternehmen, die ja gleichzeitig Gewinne erwirtschaften und eine journalistische Kulturleistung erbringen sollen. Da triumphiert dann gelegentlich die Marktgängigkeit über die Verantwortung. Die gegenwärtige Abwanderung eines beträchtlichen Teils der öffentlichen Kommunikation und mit ihr der lukrativen Medienwerbung ins Internet setzt die privatwirtschaftlichen Massenmedien unter erheblichen finanziellen Druck. Die Konzentrationsprozesse bei den Zeitungsverlagen, das systematische Ausdünnen der Redaktionen und der gestiegene Renditedruck können die Pressefreiheit unterhöhlen. Ein Land, in dem sich am Ende nur noch die Wohlhabenden – Regionen oder Menschen – eine gute Zeitung leisten können, wäre kein demokratisches Gemeinwesen mehr. Die Online-Medien können die Lücken, die im Zeitungsmarkt gerade gerissen werden, bislang nicht schließen.

Die moderne Medienlandschaft bietet vor allem immense Chancen. Das hat sich überzeugend im arabischen Frühling gezeigt. Gleichzeitig müssen wir aber heute in Europa erleben, dass in einem Land wie Ungarn das Rad der Geschichte zurückgedreht und die vor nicht langer Zeit erungene Pressefreiheit empfindlich eingeschränkt werden soll. Grund zur Wachsamkeit und zum Engagement für eine freie, demokratische Öffentlichkeit besteht also auch heute mitten im eigenen Land, mitten in Europa. Die Erinnerung an das Hambacher Fest kann uns dafür sensibilisieren, dass Pressefreiheit kein statisches Gut ist, sondern immer aufs Neue verteidigt, erkämpft und bewahrt werden muss, denn sie bleibt die Grundlage der Demokratie. ■